

## DAS THEMA

Die finanzielle Lage zahlreicher Kommunen in Thüringen ist äußerst angespannt, viele stehen mit dem Rücken zur Wand. Bei elf Gemeinden wurden durch Landkreise sogar Zwangsvollstreckungen beantragt, mehr als 100 Kommunen konnten in diesem Jahr nicht mal einen Haushalt beschließen.

„Wir fordern von der Landesregierung schnellstmögliche Sofortmaßnahmen und haben jetzt für die Landtagsitzung im November zwei akute Probleme aufgegriffen, damit gesetzgeberisch gehandelt wird“, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, auf einer Pressekonferenz am 14. November.

Einmal soll der „irritierende Thüringer Sonderweg“ der „ungeschützten Zwangsvollstreckungen“ gegen Gemeinden aufgrund öffentlich-rechtlicher Geldforderungen – dabei geht es insbesondere um nicht gezahlte Kreisumlagen – ersatzlos gestrichen werden.

Dazu legt die LINKE ein Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vor, mit dem die Möglichkeit der Zwangsvollstreckung gesetzlich ausgeschlossen würde. In der Begründung heißt es: „Körperschaften öffentlichen Rechts haben nicht auf dem Weg der Zwangsvollstreckung, sondern auf dem Weg der Einigung ihre Geldforderungen einzulösen.“

Nach Auffassung von Frank Kuschel wäre vielmehr eine Erweiterung des Kassenkreditrahmens „fiskalpolitisch sinnvoll, auch wenn das Problem damit nicht grundsätzlich gelöst wird“, denn „eine dauerhafte Alimentierung ineffizienter Gemeindestrukturen kann

# Soforthilfe für die Kommunen

## Linksfraktion legt dem Landtag Gesetzentwürfe vor

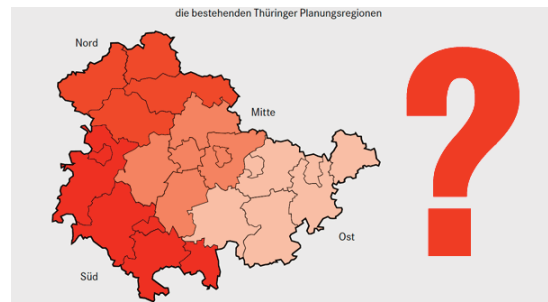
nicht das Ziel sein“. Mit dem zweiten Gesetzentwurf, den jetzt die Linksfraktion dem Landtag vorlegt, soll die Regelung im Thüringer Finanzausgleichsgesetz, wonach die kreisfreien Städte Eisenach und Suhl in diesem Jahr zusätzliche Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten, auch im nächsten Jahr gelten.

### Bürger nicht bestrafen für verfehlte Politik

„Es kann nicht sein, dass die Bürger vor Ort für eine verfehlte Landespolitik

reizfunktion“ auf den Weg gebracht werden müssten. Im Übrigen werde die LINKE alle Initiativen unterstützen, mit denen ein Teil der jetzt erneut prognostizierten Steuermehreinnahmen Notleidenden Kommunen zugute kommen sollen. In der CDU-Fraktion sei in diesem Zusammenhang bereits von einer Summe in Höhe von 75 Millionen Euro gesprochen worden. Der Abgeordnete warnte jedoch die Landesregierung davor, hier wiederum per Gießkannenprinzip vorzugehen. Notwendig sei vielmehr eine öffentliche Debatte über die Verteilung der Mehreinnahmen.

Das Land Thüringen erwartet aus dem bundesweiten Steuerplus eigene Mehreinnahmen in Höhe von 111 Millionen Euro, was sich aus der Steuerschätzung vom November und eigenen Prognosen ergibt. Die LINKE mahnt jedoch erneut eine Reform der Strukturen in Thüringen an. Die gegenwärtigen



der ineffizienten Strukturen bestraft werden“, begründete Frank Kuschel diese von der LINKEN vorgeschlagene Sofortmaßnahme. So könnten die Verwerfungen in Eisenach durch eine Rückkreisung dauerhaft gelöst werden. Und hinsichtlich der Probleme in Gera sowie der „abzuwartenden Entscheidungen“ der kommunalen Verantwortungsträger meinte der Abgeordnete, dass „Übergangsregelungen mit An-

strukturen seien dauerhaft über steigende Zuschüsse aus dem Landeshaushalt nicht finanzierbar.

Deshalb verstehe die Linksfraktion Sofortzahlungen an die Kommunen als „Erste Hilfe für den Notfall“, so Frank Kuschel. Der langfristige „Heilungsprozess“ müsse zwingend mit einem Einstieg in eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform eingeleitet werden.

## Die CDU-Landtagsfraktion demütigt die Landesregierung

Am 23. November soll Christine Lieberknecht auf dem Landesparteitag der CDU zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2014 in Thüringen gekürt werden. Doch die Reputation der Landesvorsitzenden und Ministerpräsidentin hat auch im eigenen Beauf

genheit war der Thüringer Allgemeinen sogar eine längere Meldung wert, Untertitel: „Wie der CDU-Fraktionschef aus einer Selbstverständlichkeit eine politische Botschaft fabriziert.“

Die eigentliche Botschaft lautet anders. Von erheblich zerrütteten Ver-

Es blieb nicht bei dieser Demütigung des Finanzministers. Die CDU-Fraktion machte über Twitter auch auf einen Beitrag in der Ostthüringer Zeitung aufmerksam. Dort hieß es nicht nur, Voß habe „eine gehörige Ladung jener Wut“ abbekommen, die sich in den Gemeinden der Region aufstau. Es wurden Verwaltungschefs und Bürgermeister zitiert, die Voß „Betrug“ vorwarfen oder mutmaßten, er sei angetreten, „die kommunale Selbstverwaltung abzuschaffen“.

Gegen die CDU-Abgeordneten, namentlich den mächtigen Innenpolitiker Wolfgang Fiedler, werde Voß „die Aushungerung der Kommunen nicht fortsetzen können“, donnerte die OTZ abschließend – ausdrücklich beworben von der CDU-Landtagsfraktion. Natürlich geht es auch um die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014, bei denen die CDU die Konsequenzen der für die Kommunen desaströsen Finanzpolitik der Landesregierung fürchtet. Um sich von ihr abzusetzen, breitet die CDU-Fraktion den Ansehensverlust der Regierung Lieberknecht genüsslich aus.

Stefan Wogawa

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verkehrsverbund

Zu den vom Verkehrsverbund Mittelthüringen angekündigten Preiserhöhungen für 2014 erklärte MdL Dr. Gudrun Lukin: „Mit steigenden Fahrpreisen kann man wohl kaum Autofahrer und andere Menschen zum Umsteigen in Bus und Bahn locken. Landesregierung, Städte und Landkreise müssten jedoch die Stärkung von Bus und Bahn als erstrangiges Vorhaben auffassen und finanziell wesentlich stärker unterstützen, z.B. mit einem Pakt für Mobilität im landesweiten Verkehrsverbund.“ Auch deshalb hat die Linksfraktion seit Jahren mehr Mittel für einen zu schaffenden thüringenweiten Verkehrsverbund gefordert. Bislang war die Landesregierung auf diesem Ohr taub und die Mittel für Verbundarbeit steigen auch 2014 kaum. „Vielleicht sollte man die zuständigen Minister und Verantwortungsträger bei ihren Dienstreisen öfter auf den öffentlichen Nahverkehr orientieren. Das könnte ihre Entscheidungsfreudigkeit pro ÖPNV befördern“, meinte die LINKE-Abgeordnete.

### Krankenhaushygiene

„Die Ausbreitung multiresistenter Bakterien an der Universitätsklinik Leipzig bestätigt wieder, dass allein rechtliche Regelungen nicht ausreichen, um die Maßnahmen zur Krankenhaushygiene auch in Thüringer Krankenhäusern wirksam umzusetzen“, kritisierte MdL Jörg Kubitzki. Die Klinik in Leipzig hatte mitgeteilt, dass auf deren Frühgeborenen-Station bei 17 Babys multiresistente Bakterien festgestellt wurden.

„Trotz der Einführung der Thüringer Hygieneverordnung im Sommer letzten Jahres gibt es immer wieder Probleme, da bisher in den Krankenhäusern nicht genügend Hygienefachkräfte vorhanden sind. Hier muss die Landesregierung zum einen die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte, aber auch die Qualifizierung von Ärzten zu Krankenhaushygienikern weiter vorantreiben. Andererseits ist die Landesregierung aufgefordert, auch die entsprechenden finanziellen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen der Hygieneverordnung im Rahmen der künftigen Krankenhausfinanzierung zur Verfügung zu stellen“, so der LINKE Politiker.

Ein weiterer Grund, warum multiresistente Keime ausbrechen und sich verbreiten können, liege daran, dass diese Keime von außen in die Krankenhäuser mitgebracht werden. „Auch die Besucher von Patienten müssen künftig auf einen anderen Umgang vorbereitet und in die Hygienemaßnahmen einbezogen werden“, forderte Jörg Kubitzki.



CDU-Fraktion Th Ltg @cd\_u\_fraktion\_th

Bürgermeister Kai Dittmann: Wir haben Einnahmen erhöht und Ausgaben gesenkt. Wo sollen wir noch sparen? #BMKcd\_u pic.twitter.com/IVtQvS9aiz

durch diverse Affären arg gelitten. Dazu passt, dass zwar schon im August der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mike Mohring, in einem Interview vorpreschte und vorschlug, „dass Christine Lieberknecht unsere Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2014 sein wird“.

Doch der solidarisch klingende Vorschlag war eigentlich gar keiner. Mohring fügte süffisant hinzu, dass es bei der Thüringer CDU die gute Regel sei, „dass der- oder diejenige(n), die vorne stehen, die Landesvorsitzende und Ministerpräsident sind, immer auch die Spitzenkandidaten sind“. Die Angele-

hältnissen zwischen Regierung Lieberknecht und CDU-Landtagsfraktion sprechen Insider längst nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand. Gerade die Fraktion zelebriert den Konflikt, wie es sich jüngst wieder zeigte. Und so zitierte sie am 6. November im Kurznachrichtendienst Twitter einen Teilnehmer ihrer „Bürgermeisterkonferenz“ in Weida. Dessen Statement hatte es in sich: „Wir haben Einnahmen erhöht und Ausgaben gesenkt. Wo sollen wir noch sparen?“ Ziel der klaren Kritik war der bei der Veranstaltung anwesende Finanzminister Dr. Wolfgang Voß, ebenfalls CDU.